

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 10/2019

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach

am: Mittwoch, 6. November 2019

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:54 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Rathaus, Bürgersaal.

Vorsitzender: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte:

Es waren anwesend:

CDU: OR Griener, OR Henkel, OR Kehrlé, OR Dirk Müller,

B 90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Klingert, OR Frey, OR Köster, OR Stolz,
OR Ricken, OR Dr. Wagner, OR Ruf

SPD: OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

FDP: OR Dr. Noé, OR Malisius

FW: OR Wenzel, OR Yesil

AfD: OR Bruker

DIE LINKE: OR Ginder

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Böhler-Friess

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführerin:

Rosemarie Susi (StADu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Frau Scheuerer (SuS), Herr Laue, Herr Käfer, Frau Sütterlin, Frau Stehli, Herr Dueck, Herr Wintermeyer, Herr Rößler und Frau Susi (StADu).

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 21. Oktober 2019, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 31. Oktober 2019 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,**

Protokoll zu

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der
Durlacher Schulen**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung des Ortschaftsrats. Sie informiert, dass Ortschaftsrätin Klingert sich um einige Minuten verspäten werde und Ortschaftsrätin Böhler-Friess für diese Sitzung entschuldigt sei.

Sie tritt in die Tagesordnung ein, ruft TOP 1 auf und erklärt, dass der Bericht sowie die Zahlen zum Thema vorliegen, weshalb man im Ältestenrat vereinbart habe, sogleich in die Fragerunde einzusteigen. Hierzu begrüßt sie Frau Scheuerer vom Schul- und Sportamt.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht. Er habe verschiedene Fragen, die das Markgrafen-Gymnasium betreffen.

Im Bericht stehe: „Der Erwerb des Grundstücks soll möglichst bis Ende des Jahres durch das Liegenschaftsamt erfolgen.“

Hier gehe es um den Erweiterungsbau des Markgrafen-Gymnasiums. Er möchte wissen, welche Gründe es gebe, das dies noch nicht gelaufen wäre, obwohl die Planung hierzu schon seit einigen Jahren laufe? Die Formulierung im Bericht drücke keine Genauigkeit aus. Er möchte wissen, ob Frau Scheuerer hierzu etwas sagen könne?

Er denke, hier müsse doch eine Planung vorliegen, wenn ein solches Projekt in den nächsten Jahren verwirklicht werden solle?

Er wäre jahrelang Lehrer am Markgrafen-Gymnasium gewesen und kenne die dortige Situation. Das Markgrafen-Gymnasium wäre das einzige Gymnasium in Karlsruhe, welches noch keine Mensa habe. Die Schloss-Schule wäre hier viel besser ausgestattet und könne deshalb auch ein Ganztagesangebot anbieten. Das Markgrafen-Gymnasium müsse immer wieder erklären, warum man so etwas noch nicht anbieten könne. Mit diesem Erweiterungsbau habe man gehofft, dass man relativ schnell auf den Stand der übrigen Schulen kommen werde.

Frau Scheuerer (SuS) erklärt zur Erweiterung der Karl-Weysser-Straße 15, dass sie hierzu „taufische“ Nachrichten habe. Sie habe heute Nachmittag mit der zuständigen Kollegin vom Liegenschaftsamt gesprochen, die gemeint habe, das verkaufende Land, vertreten durch Vermögen und Bau, habe den Entwurf des Kaufvertrages erst vor drei Wochen dem Liegenschaftsamt zugestellt. Vereinbart wäre Sommer, dann Herbst gewesen und nun sei man schon im November.

Die zuständige Kollegin werde nun im Hause selbst das Notwendige abstimmen. Der Zentrale Juristische Dienst müsse wie üblich bei solchen Kaufverträgen ein Auge darauf werfen. Sie gehe aber davon aus, dass dieser Kaufvertrag in den nächsten drei bis vier Wochen auch rechtsverbindlich unterzeichnet werde.

Sie müsse sich deshalb ein kleines bisschen korrigieren, die Unterschriftsreife und das weitere Verfahren habe sie für das 1. Quartal 2020 in Aussicht gestellt.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der
Durlacher Schulen**

Was die Zeitschiene anlangt oder den Fortlauf des Erweiterungsbaus für das Markgrafen-Gymnasium, auf dem Gelände Karl-Weysser-Straße 15, wäre es so, dass das Raumprogramm vom Schul- und Sportamt dem Regierungspräsidium bereits seit Sommer 2019 vorliege. Es handelt sich hier um ca. 620 qm reine Nutzfläche, dazu kommen die entsprechenden Verkehrsflächen, die eine Schule benötigt (Flure, Nebenräume, Toilettenanlagen, etc.). Das Raumprogramm wurde bereits im Sommer dem Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft zugeleitet.

Das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft wird diesen Erweiterungsbau in seine abzuarbeitende und vorzubereitende Schulbauliste miteinbringen. Das Schul- und Sportamt als Auftraggeber wäre hinterher, dass man den Erweiterungsbau für den Doppelhaushalt 2023/24 gemeinsam mit den Beteiligten entsprechend einstelle. Es müsse eine gewisse Planung erstellt und ein Wettbewerb ausgeschrieben werden. Das wären alles Dinge, die mit gewissen Fristen verbunden wären. Man sei aber zuversichtlich, dass man diesen Bau in den Doppelhaushalt 2023/24 bekomme. Planungszeit eher 2023, Baubeginn 2024.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) äußert, er habe eine Frage zur Oberwald-Werkrealschule. Aus der Vorlage konnte er entnehmen, dass es dort noch drei Klassen gebe und zwar die Klassen 8 bis 10. Er wolle wissen, ob die 8. bis 10. Klasse dann auch tatsächlich bis zum Ende dort verortet durchlaufen, oder ob bis dahin an eine Übertragungslösung an eine andere Schule angedacht wäre?

Frau Scheuerer (SuS) antwortet, dass in den letzten Jahren mehrere Werkrealschulen in Karlsruhe davon betroffen gewesen wären, so dass pro Jahrgang immer die oberen Klassen ausscheiden, der nächste Jahrgang aber verbleiben könne.

Sie müsse aber einschränkend hinzufügen, dass es sich an zwei/drei Werkrealschulen in den letzten Jahren gezeigt habe, dass ein alleiniges verbleiben einer derzeit 8. oder 9. Klasse, dann 9. oder 10. Klasse mit den dann wenigen Schülern als pädagogisch nicht sinnvoll erachtet werde.

Was die nun relativ neue Schulleitung bis dahin plane, müsse abgewartet werden. Man stehe ja in Kontakt, aber von Schulträgerseite komme da kein Druck. Nichtsdestotrotz müsse auch das staatliche Schulamt hierzu gehört werden, ob diese es für sinnvoll halten dort in drei Jahren noch ein paar wenige Schüler im Werkrealschulzug zu haben.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) bedankt sich bei Frau Scheuerer für ihren Bericht. Er habe eine Frage, die in ihrem Bericht nicht aufgeführt werde.

Die Stimmung bei Schülern und Lehrern in Durlach wäre seiner Meinung nach recht positiv. Das einzige was man immer höre wäre, dass man Fehlzeiten von Lehrern beklage. Er wolle wissen, wie es in Durlach wegen der Fehlzeiten aussehe? Er wisse, dass es sich hier um eine heikle Frage handle, aber diese Frage werde immer wieder an seine Fraktion gestellt. Gebe es hierzu Statistiken aus Durlach?

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der
Durlacher Schulen**

Blatt 3

Frau Scheuerer (SuS) erklärt, dass es vermessen wäre zu sagen, dass die Durlacher Schulen nicht von Ausfällen betroffen wären.

Hier handle es sich aber um Statistiken und Zahlen, die vom staatlichen Schulamt geführt werden. Wenn die Vorsitzende damit einverstanden wäre, würde sie diese Zahlen nachliefern und anmerken, dass der Ausfall von Unterrichtsstunden auch vor Durlach nicht halt mache.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) erklärt, man habe aufgrund des vorliegenden Berichtes mit den Durlacher Schulen Kontakt aufgenommen, um ein Feedback einzuholen. Schaut man sich dieses Feedback an habe man das Gefühl, dass es den Durlacher Schulen eigentlich gut gehe.

Nichtsdestotrotz gebe es noch einige Fragen, die er nun gerne stellen wolle.

Aus dem Bereich der Oberwaldschule kam die Frage auf, dass dort die Information „herum wabere“ dass eine Kernsanierung anstehen würde, und dass dies schon im Haushalt 2023/24 eingestellt werden solle. Er wolle nun fragen, ob das so richtig wäre, ob es hierzu schon Planungen gebe?

Frau Scheuerer (SuS) informiert, dass es hierzu erste Planungen gebe, aber noch nichts spruchreif wäre, weshalb sie auch heute dazu nichts sagen könne.

Es werde voraussichtlich eine Kernsanierung stattfinden, die letztendlich aber noch nicht entschieden wäre. Man wissen, dass wenn man an Gebäudeteile herangehe, die ca. 40 bis 50 Jahre Bestand haben, dass wenn dort eine Fassade oder eine Decke geöffnet werde, man oft unliebsame Überraschungen erlebe. Dies führe dann zu weiteren Planungen und gehe über das, was man ursprünglich habe tun wollen, hinaus.

Sie könne Stand heute deshalb nichts Verlässliches sagen.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte wissen, ob davon auszugehen wäre, dass man demnächst mit der Schulleitung in Kontakt trete, damit diese Spekulationen ein Ende finden.

Frau Scheuerer (SuS) bestätigt dies.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte zur Friedrich-Realschule anmerken, dass man mitgeteilt bekommen habe, dass es Unterschiede in der Ausstattung der Sekretariatsstunden zwischen Gymnasium, Werkrealschulen und Realschulen gebe. Er möchte wissen, ob Frau Scheuerer dies bestätigen könne?

Frau Scheuerer (SuS) erklärt, dass dies so richtig wäre, man habe hier unterschiedliche Berechnungsmodelle. Die Personalabteilung arbeite hier mit unterschiedlichen Richtwerten und es liegen unterschiedliche Aufgabentableaus zugrunde. Bei einem Grundschulsekretariat fallen z. B. auch deutlich andere Arbeiten an, als bei einem gymnasialen Sekretariat.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der
Durlacher Schulen**

Blatt 4

Es wäre also in der Tat so, und das könne sie bestätigen, dass für Sekretariatsstunden in Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasium unterschiedliche Berechnungsmodelle zugrunde liegen.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) schildert, dass das für einen Außenstehenden erst einmal schwer nachvollziehbar wäre, dass verschiedene Schultypen verschiedene Berechnungsgrundlagen haben. Es stimme also, was hier wiedergespiegelt wurde. Er denke, dass die Sekretariatsaufgaben an einer Realschule sich nicht von der einer Grundschule oder Werkrealschule unterscheiden.

Frau Scheuerer (SuS) erwidert, dass das so nicht ganz richtig wäre.

Man habe Halbtagsgrundschulen und Grundschulen mit Ganztagsbetreuung, wo z. B. der komplette Bereich des Mittagessens anfalle. Da müssen Schüler in das Menü eingebucht oder bei Krankheit wieder abgemeldet werden. Das umfasse einen großen Zeitfaktor, welcher einem solchen Sekretariat zugeschlagen werde.

Ein weiterer großer Faktor stelle z. B. auch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an einer jeweiligen Schule dar. Ob man für 70 Schüler/innen im Bergwald den neuen Schülerausweis ausstellen müsse, oder ob man das für 890 Schüler/innen immer wieder im Wechsel machen müsse, wie z. B. am Markgrafengymnasium, stelle einfach einen anderen Zeitfaktor dar.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) meint, wenn er sie aber richtig verstanden habe, gehe es ja um den Schultyp der den unterschiedlichen Berechnungsfaktor ausmache.

Frau Scheuerer (SuS) bestätigt dies.

Wobei sie hierzu sagen müsse, dass man da auch einen gewissen Spielraum habe, wo innerhalb eines Schultyps bestimmte Aufgaben im Sekretariat anfallen, bei der die Schule dann bestimmte Sekretariatsstunden hinterlegen könne.

Generell wäre hier der Kollege vom Personalbereich zuständig. Sie wisse aber, dass das immer mal wieder Thema wäre und dass man sich am unteren Ranking der Stundenzuweisung bewege. Sie werde dies aber gerne mitnehmen, wenn es gewünscht werde.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) entgegnet, dass Frau Scheuerer hier besser noch einmal mit Herrn Gehm sprechen solle. Er möchte sich hier nicht vertiefend einmischen und habe einfach nur die Rückmeldung erhalten, dass dies für die Schule ein Thema wäre, mit dem man sich beschäftige. Dies gebe er hier so weiter.

Frau Scheuerer (SuS) erwidert, dass sie das so mitnehmen werde.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der
Durlacher Schulen**

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bemerkt weiter, dass vorhin schon einmal der Schulhof des Markgrafen-Gymnasiums angesprochen wurde. Im Juni habe man sich darauf verständigt, die Karl-Weysser-Straße auf Höhe des Schulhofes umzuwidmen, so dass man dort einen Fußgängerbereich einrichten und den Schulhof erweitern könne.

Nun habe Herr Inhoff, der Schulleiter, Ende Oktober die Information bekommen, dass diese Umwidmung erst dann stattfinden, wenn der Mensabereich eingerichtet werde. Wissentlich, dass dies noch eine größere Zeit in Anspruch nehmen werde, stelle sich nun die Frage, warum diese Umwidmung in Zusammenhang mit der Einrichtung der Mensa gekoppelt werde? Der Schulhof des Markgrafen-Gymnasiums wäre heute schon relativ eng und knapp bemessen, so dass eigentlich dieses Projekt jetzt schon umgesetzt werden sollte.

Frau Scheuerer (SuS) erklärt, dass es auch für das Schul- und Sportamt keine Frage wäre, dass die Erweiterung des Schulhofes, also die Umwidmung der Karl-Weysser-Straße unabhängig von der Maßnahme der Mensa stehe.

Man habe diese Ungereimtheit auch durch ein Schreiben vom Juni erfahren. Darüber habe sie gestern noch mit Frau Ries gesprochen. Die Umwidmung und die Zuschlagung dieses Straßenanteils vom Schulhof sollten relativ zeitnah und unkompliziert ablaufen.

Aus der Verkehrsplanungsrunde vom September gebe es ein etwas widersprüchliches Protokoll hierzu. Sie habe heute die Zuständigen dafür weder beim Ordnungsamt noch beim Planungsamt erreicht.

Sie wäre aber mit dem Gremium hier einer Meinung, dass es sich hier um zwei komplett getrennte Vorgänge handle, und dass das eine nichts mit dem anderen zu tun haben müsse oder könne.

Der Schulhof des Markgrafen-Gymnasiums wäre schon seit längerem zu klein.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) berichtet, dass es jedwede Absprache mit dem Stadtplanungsamt oder dem Ordnungsamt widerspreche.

Sie wäre bei jeder Sitzung anwesend gewesen und es habe eine klare Absprache darüber gegeben, dass man dies unverzüglich umsetzen werde.

Sie erklärt, dass sie sehe, dass Herr Inhoff ihr hierbei zustimme (Herr Inhoff nickt mit dem Kopf).

Einige erinnern sich sicher auch daran, dass man durch diese Sperrung der Karl-Weysser-Straße für den Durchgangsverkehr eine Chance gesehen habe, zusätzliche Fahrradstände für die Schüler aufzustellen, von denen es ja viel zu wenige auf dem Schulhof gebe. Dies habe man als zusätzlichen Vorteil gesehen, darüber habe es eine klare Absprache gegeben und man müsse hier an der Sache bleiben.

Frau Scheuerer (SuS) bestätigt dies.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der
Durlacher Schulen**

Blatt 6

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) meint, er habe noch eine abschließende Frage zur Schule am Turmberg.

Im Bericht stehe, dass es zur aktuellen baulichen Situation und zur Entwicklung des Standorts keinen neuen Sachstand gebe. Man habe nun viele neue Ortschaftsräte im Gremium und auch er könne sich nicht so wirklich daran erinnern, was hier nun der aktuelle Sachstand wäre? Deshalb wolle er Frau Scheuerer bitten, über das Laufende zu berichten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass ihr letzter Sachstand der wäre, dass man sich ganz klar für die Prüfung einer Planung eines Neubaus neben der Gewerbeschule ausgesprochen habe und für den Erhalt der Schule am Turmberg. Das wäre hier im Gremium eine klare einstimmige Entscheidung gewesen. Auch habe es darüber große Übereinstimmung in den entsprechenden Gremien des Gemeinderates gegeben.

Frau Scheuerer (SuS) ergänzt hierzu, dass das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft vom Schul- und Sportamt einen Planungsauftrag bekommen habe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bestätigt dies ebenfalls, und dass das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft schon daran arbeiten würde.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für die guten Ausführung.

Er habe auch den Eindruck aus Gesprächen mit der Jugend, dass man in Durlach mit den Schulen gut aufgestellt wäre.

Er habe eine Frage zur Zukunftsfähigkeit und Weiterentwicklung der Schulen im Hinblick auf Digitalisierung.

Seine Fraktion habe in der vergangenen Legislaturperiode Hardware-Fakten in den Schulen abgefragt. Dabei habe man festgestellt, dass die Anbindung der Schulen relativ schlecht gestellt wäre, dass die Betreuung und Struktur nicht wirklich gut geklärt wäre.

Er möchte nun konkret wissen, ob man hier Fortschritte gemacht habe, über die man berichten könne? Es gebe ja mittlerweile einen Digitalpakt zwischen Bund und Land. Wurden hierfür Mittel abgerufen und wenn ja, wie werden diese konkret an den Durlacher Schulen eingesetzt?

Frau Scheuerer (SuS) berichtet, dass der Gemeinderat im vergangenen Jahr eine große Konzeption, die von ihrem Amt mit ausgearbeitet wurde, verabschiedet habe.

Diese Digitalisierung werde als Projekt über fünf Jahre laufen und man habe speziell in ihrer Abteilung einen Projektleiter dafür eingesetzt. So wäre es im Moment geplant.

Man habe vom Gemeinderat dankenswerter Weise über 15 Mio. Euro zur Verfügung gestellt bekommen.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der
Durlacher Schulen**

Blatt 7

Man wäre aber in zwei Bereichen dieser Digitalisierung stark vom Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft abhängig. Auf der einen Seite wäre das, wenn an Schulen oder im unmittelbarem Fassadenbereich noch überhaupt keine Glasfaser liegen. Zum zweiten müsse die Anbindung im Gebäude entsprechend umgesetzt werden. Hier handle es sich um Hochbaumaßnahmen die durch das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft gemeinsam mit dem Schul- und Sportamt geplant werden.

Es gebe mittlerweile ein Ranking der Schulen, welches man im Haus als Arbeitspapier vorbereitet habe. Hier fließen viele Dinge zusammen, z. B. der bauliche Zustand oder ob das komplette Schulgebäude mit Access-Points WLAN-fähig gemacht werden könne. Auch müssen die Lehrer und Schüler mit entsprechenden Tablets oder mobilen Geräten ausgestattet werden.

Man werde einen ersten Sachstandsbericht im ersten Quartal 2020 über den Schulbeirat in den Gemeinderat einspielen, denn dieses Thema wäre sehr wichtig. Auch werden von den verschiedenen Gremien immer wieder Fragen zum aktuellen Sachstand gestellt und wie es weiter geht.

Man könne allerdings versichert sein, dass diese 15,3 Mio. Euro, die man von städtischer Seite bekommen habe, in den nächsten fünf Jahren verbaut, verplant und ausgegeben werden.

Zum Digitalpakt wolle sie anmerken, dass man dort eine fast ähnliche Summe, nämlich 15,7 Mio. Euro bekommen habe. Den Bescheid darüber habe man seit Oktober vorliegen.

Hier sehe das weitere Vorgehen so aus, dass man ein paar große Maßnahmen gemeinsam mit den Schulen zusammenstellen werde und den Betrag hierfür stellvertretend abrufen werde.

Falls sie hierzu von den Schulleitern angesprochen werden, können sie diesen mitteilen, dass die Schulleitungen im Moment nicht selbständig tätig werden müssen. Die Gelder werde man gemeinsam mit dem Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft abrufen und dazu benötige man einen fertig ausgearbeiteten Medienentwicklungsplan für die Antragstellung. Die Abwicklung laufe dann über die L-Bank. Die Gelder stehen bis 2022 zur Verfügung und man könne versichert sein, dass das gut zu schaffen wäre.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) möchte hierzu ergänzend mitteilen, dass die entsprechenden Stellen beim Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft in Karlsruhe geschaffen und die Arbeit schon aufgenommen wurde.

Sie wäre Frau Scheuerer dankbar, wenn sie ihren Zwischenbericht, auf Durlach heruntergebrochen, dem Stadtamt Durlach zukommen ließe.

Frau Scheuerer (SuS) sagt dies zu.

OR Ginder (DIE LINKE) bedankt sich bei Frau Scheuerer für ihren Vortrag.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der
Durlacher Schulen**

Blatt 8

Bei den Klassengrößen habe sie gesehen, dass sich die Durlacher Schulen nicht zu verstecken brauchen. Diese liegen alle bei ca. 26 Schülern oder deutlich weniger, was sie für hervorragend halte.

Es gebe allerdings große Unterschiede zwischen den Schulen. Sie wolle wissen, ob es einen Zielwert gebe, was Klassengrößen angehe, was in Durlach angestrebt werde?

Auch wolle sie wegen der Baumaßnahmen an der Schloss-Schule Durlach wissen, ob diese sich auf die Qualität des Unterrichts auswirken?

Frau Scheuerer (SuS) berichtet, dass Baumaßnahmen bei laufendem Schulbetrieb nie ohne Beeinträchtigungen stattfinden. Man habe hierfür aber sehr versierte Bau- und Projektleiter, die sich der schwierigen Lage bewusst wären, dass neben dem Unterricht Täglich lautstarke und vor allem schmutzintensive Arbeiten getätigt werden müssen.

Man stimme sich hier fast täglich mit der Schulleitung ab und versuche die Beeinträchtigung durch die Baumaßnahmen so gering wie möglich zu halten.

Größere Schwierigkeiten wären ihr nicht bekannt, aber man lebe natürlich davon, dass ein Miteinander durch tägliche oder wöchentliche Kommunikation stattfindet.

Schaue man in Richtung Sommerferien, wo bei den Viertklässlern wichtige Klassenarbeiten anstehen könne sie mitteilen, dass hierauf Rücksicht genommen werde.

Sie könne allerdings nicht verhehlen, dass es immer eine heikle Geschichte wäre, wenn in Schulgebäuden, neben dem Schulbetrieb, entsprechende Baumaßnahmen getätigt werden müssen.

Zur ersten Frage wolle sie mitteilen, dass es definierte Klassenteiler gebe, also Klassengrößen, ab der eine nächste Klasse in dieser Klassenstufe gebildet werden müsse.

Bei der Ganztagesgrundschule liege die Klassengröße z. B. bei 25 Kindern, d.h. ab dem 26. Kind müsse eine zweite oder eine weitere Klasse gebildet werden.

Bei den weiterführenden Schulen habe man 31 Kinder, d.h. ab dem 32. Kind müsse eine neue Klasse gebildet werden.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) schildert, dass die Frage wegen des Schulhofes am Markgrafen-Gymnasium schon OR Pötzsche gestellt habe.

Ihm wäre es auch vollkommen unklar gewesen, weshalb er sich über die Antwort von Frau Scheuerer gefreut habe.

Es habe auch einen Vorteil für die Sicherheit der Kinder, wenn der Schulhof, also die Karl-Weysser Straße gesperrt werde, z. B. am Morgen, wenn die Kinder gebracht werden, die Kinder mit den Fahrrädern ankommen oder wenn sie den Schulhof wieder verlassen. Von daher wäre es auch sehr sinnvoll, dies schnell zu behandeln, damit man insgesamt eine zufriedenstellende Situation bekommt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 1: **Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der
Durlacher Schulen**

Blatt 9

Sie bedankt sich herzlich bei Frau Scheuerer und meint, die Zwischenschritte habe man ja besprochen und man freue sich über den Schulbericht im nächsten Jahr.

- Klopfeifall -

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 2: Abteilungsbericht Jugend und Soziales**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 2** auf und informiert, dass auch hierzu ein umfangreicher und ausführlicher Bericht vorliege.

Man werde Herrn Laue trotzdem bitten, hierüber einzuführen.

Hierzu begrüße sie auch die Kolleginnen und dieses mal auch einen Kollegen. Normalerweise komme Herr Laue ja mit seinen Damen, aber heute habe er auch einen Mann dabei, Herrn Käfer, der die Vertretung von Frau Kürz, die Leitung des Sozialen Dienstes übernommen habe. Sie bittet Herrn Käfer aufzustehen und beglückwünscht ihn zur neuen Stellung.

- Klopfbeifall -

Herr Laue (StaDu) begrüßt die Anwesenden und berichtet, dass er diese nun zu einem Spaziergang durch die Abteilung Jugend und Soziales mitnehmen werde. Ziel sei es, einen Einblick in das Arbeitsgebiet der Abteilungen geben zu können. Im Wesentlichen orientiere er sich bei seinen Ausführungen an der schon vorliegenden Vorlage (s. Anlage).

Am Ende seines Berichtes erklärt er, dass er sich an dieser Stelle bei Frau Ries für Ihre Unterstützung bedanken möchte. Er stehe nun, mit seinem Team, für Fragen zur Verfügung.

- Klopfbeifall -

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Laue für seinen Bericht.

Er habe zum Thema Inklusion eine Frage. Er möchte wissen, ob es zum Thema Inklusion an Durlacher Schulen Zahlen gebe?

Dann wolle er noch wissen, wie es mit Planungen zu diesem Thema aussieht, z. B. wegen Mittel und Maßnahmen (sachliche Ausstattung, personelle Ausstattung) für diese Schulen. Man habe ja Schulen, bei denen es aufgrund des baulichen Zustandes gar nicht möglich wäre und dazu hätte er gerne etwas gehört.

Zum Thema Schulsozialarbeit habe Herr Laue in seinem Bericht geschrieben, dass dieses immer wichtiger werde. Man konnte lesen, dass es hierzu ein erarbeitetes Konzept der Abteilung Allgemeiner Sozialer Dienst im Bereich Schulsozialarbeit gebe, mit dem Ziel, „den steigenden Anforderungen gerecht zu werden“.

Er möchte wissen, ob Herr Laue hierauf etwas näher eingehen könne, was in diesem Konzept stehe? Manche Schulen haben ja einen Sozialarbeiter, allerdings nur mit einer halben oder sogar nur drittel Stelle. Es wäre tatsächlich so, dass ein Schulsozialarbeiter immer dringender benötigt werde. Er möchte wissen, ob es hierzu konkrete Planungen für die nächsten Schritte gebe?

Herr Laue (StaDu) erklärt, dass man an jeder Durlacher Schule eine Schulsozialarbeiterin habe, die mit 50 % an der dortigen Schule verortet wäre.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 2: Abteilungsbericht Jugend und Soziales**

Die Schulsozialarbeit bekomme immer mehr Bedeutung, da Kinder sehr viel Zeit in den Schulen verbringen (z. B. Ganztageschulen). Der Sozialarbeiter erhält Einblicke wie sich das Kind entwickelt und in der Schule verhält und könne so in seiner Gesamtplanung etwas entwickeln, um ein Kind, welches Probleme habe zu unterstützen, was immer wichtiger werde.

Grundsätzlich sei die Schulsozialarbeit in Karlsruhe auf drei Säulen gestützt. Diese wären dem Gremium ja bekannt. Zum Ausbau der Schulsozialarbeit könne er mitteilen, dass das gesamtstädtische Programm vorsehe, dass flächendeckend alle Karlsruher Schulen mit einer 50 % Stelle der Schulsozialarbeit ausgestattet werden. Dieser Prozess wäre auch schon abgeschlossen. Man habe im Doppelhaushalt 19/20 auch bestimmte Schulen gehabt, die in den Genuss gekommen wären, über die 50 % hinaus eine Aufstockung zu erhalten.

Voraussetzung dafür war, dass die Schulen zum einen einen Antrag stellen und zum anderen die dafür notwendige Stellenkapazität haben mussten.

Zum Thema Inklusion möchte er mitteilen, dass er hierzu die Zahlen nachliefern müsse. Man führe natürlich eine Statistik, wieviel Kinder an Durlacher Schulen mit Inklusionsbedarf untergebracht sind. Grundsätzlich wäre es so, dass jedes Kind mit Handicap an einer Regelschule beschult werden könne und auch dürfe. Die Aufgabe von Seiten der Jugendhilfe wäre die, dies durch unterschiedliche Maßnahmen (Schulbegleitung, etc.) zu ermöglichen. Bei Schulen an denen dies baulich nicht möglich wäre, aufgrund dessen, dass bauliche Voraussetzungen nicht gegeben sind, müsse eine Alternative gefunden werden.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich für den sehr ausführlichen Bericht, welcher gute Einblicke in die Arbeit der Abteilungen gebracht habe.

Er habe eine konkrete Frage zu einem sehr heiklen Thema. In den letzten Jahren wären ganz schreckliche Missbrauchsfälle an Kindern bundesweit durch die Presse bekannt geworden. Zum Teil wurden diese sehr intensiv aufgearbeitet und zum Teil sind hier Jugendämter stark in die Kritik geraten.

Er möchte von seiner Stelle aus nicht beurteilen, ob dies berechtigt oder unberechtigt gewesen wäre. Verhindern lasse sich so etwas grundsätzlich nicht, aber die Frage wäre dennoch, ob man aufgrund solcher Fälle, im Bereich der Jugendhilfe, besondere Vorkehrungen getroffen habe, um hiergegen etwas zu unternehmen?

Von daher einfach die Frage, ob es auch in Durlach dazu Schlussfolgerungen gegeben habe oder sehe man sich hierbei gut aufgestellt?

Herr Laue (StaDu) möchte wissen, ob OR Dr. Wagner über sexuellen Missbrauch in Einrichtungen oder Institutionen spreche?

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) erklärt, dass er auch an solche Fälle wie den auf dem Campingplatz in Nordrhein-Westfalen oder den schrecklichen Vorfall in Freiburg, wo ein Junge von Eltern und Stiefeltern an Männer verkauft wurde gedacht habe.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 2: Abteilungsbericht Jugend und Soziales**

Das waren ja Fälle, die viel aufgerührt haben. Seines Wissens wurde deshalb sogar in den Ministerien diskutiert, ob man sich deshalb anders aufstellen müsse. Ihn würde deshalb interessieren, wie dies auf der unteren Ebene aussehe? Er meinte also nicht nur die Institutionen, sondern auch solche speziellen Fälle.

Herr Laue (StaDu) erwidert, dass er das nun verstanden habe.

Das wäre selbstverständlich auch Thema in Durlach. Man bearbeite auch hier Missbrauchsfälle im Sozialen Dienst, bei der Bezirkssozialarbeit. Man wäre hier sehr nah dran, wenn so etwas bekannt werde. Man habe entsprechende Mechanismen, wie man in solchen Situationen reagiere. Grundsätzlich ausschließen könne man so etwas aber nicht.

Das Restrisiko bestehe weiterhin.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte hier nachhaken.

Seine Frage habe darauf gezielt, was hier präventiv möglich wäre? Es wäre ja immer die Frage, woran erkennt man solche Fälle? Wer sind die Leute, bei denen so etwas aufschlägt?

Seine Fantasie wäre, dass auch Kindergärtnerinnen dafür sensibilisiert werden können, dass wenn ein Kind auffällig werde oder dass auch bei Kinderärzten, wo Kinder regelmäßig aus anderen Gründen vorgestellt werden, Dinge aufschlagen.

Er stelle sich immer die Frage, wie hoch die Hemmschwelle wäre? Er stelle sich das sehr schwierig vor, wenn Jemandem etwas auffällt, deshalb dann zum Jugendamt zu gehen, denn es wäre ja immer auch die Frage, ob das berechtigt wäre oder nicht?

Letztendlich sollte man doch diese Hemmschwelle relativ niedrig halten, um zumindest den ersten Kontakt zu erleichtern.

Er stelle sich auch die Frage, ob es Überlegungen gebe, präventiv auch mit anderen Berufsgruppen in Kontakt zu treten, um einfach möglichst vorbeugend etwas zu unternehmen. Also etwas tun zu können, immer unter der Vorstellung, dass man das Letzte nie verhindern könne. Man sollte aber so gut aufgestellt sein wie irgend möglich.

Herr Laue (StaDu) entgegnet, dass es klare Vereinbarungen mit anderen Professionen, wie z. B. mit Ärzten und Kliniken gebe. Selbstverständlich werden auch in Kindergärten die Erzieherinnen und Erzieher auf diese Thema geschult.

Bei Auffälligkeiten ist eine gewisse Meldepflicht vorhanden. Meldepflicht im Sinne, dass eine erfahrene Fachkraft befragt werden könne, in der jeweiligen Einrichtung. Danach gehe es den Weg zum sozialen Dienst und werde dann weiter verfolgt.

Klassisches Beispiel wäre, wenn ein Kind beim Arzt vorgestellt werde und dieser stellt Verletzungen fest, die auf sexuelle Übergriffe hinweisen, dann habe dieser die Pflicht sich bei uns zu melden, was in der Regel auch gemacht werde.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Laue für seinen Bericht.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 2: Abteilungsbericht Jugend und Soziales**

Blatt 4

Beim vorherigen Thema wurde auch schon das Thema Schulsozialarbeit angesprochen. Momentan wäre es ja so, dass nach dem „Gießkannen-Prinzip“, jede Schule habe eine 50 % Stelle erhalten, verfahren werde. Nur habe ja nicht jede Schule die gleiche Anzahl von Fällen, oder „Kunden“, mit denen man sich unterhalten müsse.

Deshalb seine Frage, ob sich hier etwas gegen dieses „Gießkannen-Prinzip“ machen lasse oder ob man hier nicht eher nach der Anzahl der Fälle handeln oder schauen müsse?

Herr Laue habe ja erklärt, dass Schulen hier nachfordern könnten. Das wäre ja aber von den Kapazitäten und Ressourcen abhängig. Ihn interessiere, ob ein Schulsozialarbeiter immer nur an seiner Schule tätig werden dürfe, oder ob die Möglichkeit bestehe, dass er unterstützende auch an anderen Schulen tätig werden könne, wenn sich herausstellt, dass die Kapazitäten dort nicht ausreichen?

Herr Laue (StaDu) erklärt, dass man in Durlach eine klare Zuordnung habe. Jede Schulsozialarbeiterin habe ihre eigene Schule, an der sie tätig wäre. Intern wäre es aber durchaus möglich, dass man sich gegenseitig aushilft. Offiziell habe aber jede Schule ihr Arbeitsgebiet und ihren Arbeitsbereich.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) möchte hierzu noch anmerken, dass man in Durlach vom gesamtstädtischen Konzept abhängig wäre, welches vorgesehen habe, dass zunächst einmal jede Karlsruher Schule mit einer halben Stelle Schulsozialarbeit ausgestattet werde.

Im Vorausgang wurde dies zunächst einmal kommunal finanziert, zwischenzeitlich habe man dafür eine Lösung mit dem Land entwickelt.

Jetzt wäre, nach dem man dies abgeschlossen habe, der weitere Schritt, wie es Herr Laue auch schon angemerkt habe, für alle politisch Tätigen, sich hier einzubringen.

Sich hier einzubringen, weil man der Meinung wäre, dass jetzt noch mehr Schulsozialarbeiterstellen geschaffen werden müssen, darüber habe man sich ja in diesem Gremium schon unterhalten.

Es mache natürlich einen Unterschied, ob man an einer Schule 800 Schüler oder 70 Schüler unterrichtet. Schulen haben auch unterschiedliche Strukturen und es müsse nun der nächste Schritt sein, den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit voranzubringen, was letztendlich dann der Gemeinderat entscheiden werde.

Man rege dies schon seit längerem an und unterstütze selbst auch die Schulen in Durlach, wenn diese entsprechende Anträge stellen. Man wäre davon überzeugt, dass noch mehr Schulsozialarbeiter perspektivisch notwendig sind und auch in den Schulen benötigt werden. Dies vielleicht noch einmal als Anreiz.

OR Yesil (Freie Wähler-OR-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Laue für den Bericht und äußert, dass sie sicher wäre, dass dies keine einfache Aufgabe wäre.

Sie möchte wissen, wie hoch der Anteil der an Altersarmut Betroffenen, bzw. der Anteil von Alleinerziehenden, die von Armut betroffen wären, in Durlach aussehe?

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 2: Abteilungsbericht Jugend und Soziales**

Herr Laue (StaDu) erklärt, seines Wissens gebe es hierüber keine Zahlen. Dies müsse er aber mit seinem Team klären und gegebenenfalls die Zahlen nachliefern.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) bedankt sich auch für den umfassenden Bericht, der sehr ins Detail gehe und zeige, wie intensiv man sich mit diesen Themen beschäftige.

Er höre auch immer wieder aus der Bevölkerung, dass die Abteilung Jugend- und Soziales besser aufgestellt wäre, als die in Karlsruhe.

Beim Lesen wäre ihm etwas aufgefallen, was er aus reiner Neugierde nun fragen wolle. Es gehe um die Jugendgerichtshilfe. Jugendliche fühlen sich mit 12 Jahren erwachsen, mit 16 haben sie das Wahlrecht, mit 18 das volle Wahlrecht. Hier habe man, berufend auf das Jugendgesetz die Kenntnis, dass man zwischen 14 und 21 noch als Jugendlicher oder Heranwachsender zähle.

Im Bericht stehe das Thema „Aufarbeitung der Straftat, Begleitung des Angeklagten zu Gerichtsverhandlungen“. Er frage sich deshalb, ob da tatsächlich ein Mitarbeiter vom Stadtamt zu einer Gerichtsverhandlung mitgehe, neben dem Anwalt oder benötigt der Jugendliche dann keinen Anwalt? Er wolle wissen, wie das funktioniert?

Herr Laue (StaDu) meint, er werde versuchen dies in Kürze zu erklären.

Wird ein Jugendlicher straffällig, bekomme man eine Nachricht darüber. Herr Stolzer von der Jugendgerichtshilfe setze sich dann mit dem Jugendlichen und seinen Eltern in Verbindung. Der Jugendliche wird zu einem Gespräch geladen.

Man bewege sich hier noch im Bereich der Erziehungsgeschichte, wo eben auch ein Bewusstsein für die Tat, Täter- Opferausgleich und viele andere Dinge abgearbeitet werden müssen. Bei einer Gerichtsverhandlung, sollte diese nicht durch andere Maßnahmen hinfällig sein, wäre die Jugendgerichtshilfe diejenige, welche auch zum Strafmaß in der Regel einen Vorschlag einbringt. In der Regel mit einem pädagogisch sozialen Hintergrund.

OR Henkel (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Laue für den ausführlich und gut gegliederten Bericht.

Wenn sie die Aufgabenbereiche in ihrer Zusammenfassung lese, dann habe sich die Anzahl an Fällen, gerade im wirtschaftlichen Jugendhilfebereich wohl sehr stark erhöht, was ja auch immer mit einer bürokratischen Mehrarbeit zu tun habe. Dies wurde auch allgemein, also der Fachkräftemangel und die Arbeitsüberlastung, bundesweit dargestellt.

Im Bericht stehe geschrieben, dass zum Stichtag 30.09., 300 Jugendhilfen im Rahmen der Hilfe für Erziehung geführt werden. Sie wolle nun wissen, wie stark diese Zahl gegenüber dem letzten Jahr, dem letzten Bericht angestiegen wäre? Da wäre ja einiges hinzugekommen.

Die politische Seite wäre hier gefordert, weshalb sie fragen wolle, ob es da nicht sinnvoll wäre, von Seiten der Fraktionen unterstützen einzuwirken?

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 2: Abteilungsbericht Jugend und Soziales**

Die Schulsozialarbeit falle ja auch unter dieses Thema und deshalb stelle sie die Frage, was man wegen den Stellenschaffungen unterstützend tun könne?

Da habe man auch eine andere Hausnummer, das wäre ihr klar. Aber die Fülle an Arbeit, was letztendlich eine sehr spezielle wäre, auch der Umgang mit Menschen, für Besserung im Umgang mit Menschen zu sorgen, auch präventiv zu sorgen, wäre eine Herausforderung.

Herr Laue (StaDu) stimmt OR Henkel zu.

Tatsächlich wäre es so, dass man statistische Erhebungen und natürlich auch empirische Vergleiche habe, ob die Arbeitsmenge, die man zu erledigen habe, zu dem Arbeitskontingent, welche man personell zur Verfügung habe, passe? Hierzu könne er sagen, dass man sich hier im grünen Bereich befinde.

Man habe natürlich immer mal temporär verschiedene Spitzen im allgemeinen sozialen Dienst. Sollte sich das ändern, würde er gerne auf das Angebot von OR Henkel, über die Amtsleitung, zurückkommen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass man hier im Gegenteil zu den Schulsozialarbeitern, in vielen Bereichen schon Personalbemessungssysteme habe, die man mit den zu bearbeitenden Fällen abgleiche. Da könne es auch mal sein, dass man etwas hinterher hinke, das Stellen geschaffen werden müssen. Das wäre aber in vielen anderen Bereichen genau so.

Da könne man das Rad vom Personal mal hoch oder herunter drehen. Es wäre auch durchaus möglich, dass man dies nach ein paar Jahren wieder überprüfen müsse, ob die Zahlen noch die Richtigen wären, da wäre man aber gut aufgestellt.

Bei der Schulsozialarbeit habe man diese Kriterien nicht. Da habe man, wie es auch schon benannt wurde, bisher nur die ganz kleine Gießkanne, mit diesen halben Stellen. Das unterscheide so glaube sie, die Schulsozialarbeit von vielen anderen Bereichen bei Jugend und Soziales.

OR Ginder (DIE LINKE) bedankt sich für den Bericht.

Man habe bei den Kitas mitaufgeführt, dass dort eine Zusammenarbeit mit Seniorenzentren und dem Seniorenheim stattfinde. Sie wolle fragen, ob Herr Laue dies für die Anwesenden kurz erläutern könne, wie sich diese Zusammenarbeit gestaltet und seit wann diese besteht?

Herr Laue (StaDu) informiert, dass Frau Fritscher, die Leiterin der Kindertageseinrichtung heute leider nicht anwesend sein könne, da sie erkrankt wäre.

Grundsätzlich gehe es darum, dass man Jung und Alt zusammenbringe. Hier kommen ältere Menschen mit jüngeren Menschen in Kontakt. Es gebe hierzu verschiedene Aktivitäten, die er im Einzelnen nachreichen könne.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) äußert, dass man nun viele Zahlen vorliegen habe und dass sie zur praktischen Seite etwas wissen wolle.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 2: Abteilungsbericht Jugend und Soziales**

Wenn sie als Hilfesuchender in das Jugendamt möchte, zum Allgemeinen Sozialen Dienst, dann werde es unübersichtlich und schwierig. Das liege zum einen daran, dass ein Teil hier im Rathaus verankert, und der andere Teil in der Gritznerstraße verortet wäre. Bis zum Sommer waren die Zugangsmöglichkeiten äußerst schwierig, nun wäre dies durch den Aufzug neu konzipiert worden. Wäre es denkbar oder gebe es die Möglichkeit in absehbarer Zeit planerisch etwas umzusetzen, das man ersehen könne, wenn man Hilfe benötigt, wo man hingehen müsse?

Sie wolle mal mit dem Rathaus beginnen. Da habe sie mehrere Zimmer leer vorgefunden und es wären auch keine Kollegen anwesend gewesen. Dann wäre sie in die Gritznerstraße gegangen, wäre in den 1. Stock hoch gelaufen und habe eine Tür vorgefunden, die zu gewesen wäre. Sie habe geklopft, eine nette Dame habe ihr geöffnet und sie nach ihrem Termin gefragt. Sie habe geantwortet, dass sie keinen Termin habe. Da wurde ihr gesagt, dass es deshalb äußerst schwierig wäre, einen Sachbearbeiter zu sprechen.

Suche man Hilfe und mache sich auf den Weg zu einer sozialen Stelle, haben man möglicherweise vorher nicht den Nerv anzurufen, um einen Termin zu vereinbaren. Deshalb wolle sie wissen, ob es eine Idee gebe, dass man nicht an dieser Glastür klopfen müsse, sondern dass man einen Ansprechpartner für einen solchen Fall habe? Gut wäre, wenn dieser dann anmerkt, schön, dass sie gekommen sind, wie kann ich ihnen weiterhelfen? Wissen sie was, lassen sie uns einen Termin vereinbaren.

Also dieses an eine geschlossene Tür klopfen zu müssen, wo man einen Gang dahinter sieht, da wäre man noch in keinem Zimmer. Sie halte dies für keine gute Lösung. Denn vor dieser Tür steht Jemand, der Hilfe benötigt. Denn sonst würde er dies ja nicht auf sich nehmen.

Sie wäre der Meinung, dass viele Menschen sich scheuen, an so eine Glastür zu klopfen, wo dahinter erst mal ein Gang zu sehen wäre. Also der Zugang zu einer Beratung, zu einer Hilfe müsse niedrigschwelliger angesetzt sein, um wirklich für Bürgerinnen und Bürger, Kinder und Jugendliche einfacher erreichbar zu sein.

Herr Laue (StaDu) antwortet, dass das Rathaus Durlach grundsätzlich ein offenes Haus wäre. Jeder der hierher kommt, um sich beraten zu lassen, um Hilfe zu suchen, findet diese auch. Man wende sich unten an die Information- und Anlaufstelle und werde dann geleitet, je nach dem in welche Richtung das Anliegen gehe. Dasselbe finde auch im Sekretariat von Jugend und Soziales statt. Natürlich müsse man erklären, um was es gehe, denn man habe viele unterschiedliche Aufgaben- und Sachgebiete, die man abdeckt.

Die Gritznerstraße wäre ausschließlich für Sozialhilfe zuständig. Dort werde nach Bestellpraxis gearbeitet und der übliche Weg wäre tatsächlich der, dass man klopfen müsse, da die Türe dort geschlossen wäre. Man habe die Erfahrung gemacht, dass es im Bezug auf diese Praxis keine Bedenken, bzw. keine Beschwerden gebe.

Er werde dies aber noch einmal mit den Kollegen besprechen, um dem Ganzen in ihrem Sinn einen offenen Charakter zu geben.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 2: Abteilungsbericht Jugend und Soziales**

Aber grundsätzlich finde Jeder, der ins Stadtamt oder in die Gritznerstraße kommt, immer helfende Hände und offene Arme, um sein Anliegen zu bearbeiten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bemerkt, wenn das bei OR Frey nicht geklappt habe, müsse man sich darüber noch einmal unterhalten.

Sie sage aber auch, was nicht gehe. Seit vielen Jahren arbeite man schon mit Terminen, um dann auch wirklich für den Hilfesuchenden da zu sein, um Zeit zu haben.

Was dann nicht gehe wäre, dass Jemand in ein Zimmer läuft, wo Leute bei einer Beratung sitzen, und dass man ständig offene Türen bei diesen Beratungssituationen haben könne, glaube sie, habe auch sicher OR Frey nicht. Dies wäre auch ein Grund, sich einen Termin geben zu lassen, dass sich dann gezielt um einen gekümmert werde. Das laufe seit vielen Jahren wirklich sehr gut.

Sie könne sich nicht vorstellen, dass wenn Jemand in einer Akutsituation Hilfe suche, dass sich in diesem Haus Niemand dafür verantwortlich fühlt. In einer solchen Situation wird man durchs Haus geleitet und auch bis in die Gritznerstraße geleitet. Ihr wäre es noch nie unter gekommen und das sage sie ganz ehrlich, ob in der Infostelle, in ihrem Sekretariat oder im Sekretariat von Jugend und Soziales.

Da müsse man sich noch einmal extra unterhalten, was man in einer solchen Situation anders machen könne.

OR Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) erklärt, dass man im Rathaus und auch in der Gritznerstraße extrem hilfsbereit wäre. Das sei gar nicht das Thema gewesen.

Wenn man in einer solchen Situation wäre und einem Hausmeister erklären müsse, um was es gehe. Man müsse sich hier im Raum einmal überlegen, wer schon einmal in einer solchen Situation gewesen wäre, wo man Hilfe benötigt habe. Da müsse man an einen solchen Tresen gehen und sagen, was man braucht, was man benötigt. Das wäre doch eine sehr unangenehme Situation.

Ihr ginge es eher darum, ob man irgendwo im Rathaus einen Plan aufhängen oder auslegen könne, wo man hingehen müsse, wenn man Hilfe benötigt.

Man wolle doch nicht mit Hinz und Kunz darüber reden, dass man Hilfe benötigt. Man wolle doch einen vertrauensvollen Ansprechpartner haben. Habe man einen Ansprechpartner und einen Termin, dann werde man ja wunderbar beraten. Das wäre ja alles gar kein Thema.

Dieses „wo gehe ich hin, wo wende ich mich hin“, darum wäre es ihr gegangen und zwar ohne, dass man irgendwo vorher anrufen müsse, sondern da könne man hingehen, weil man wisse, dass es am Donnerstagnachmittag eine offene Sprechstunde gebe. Aber wie komme ich da hin?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) schlägt vor, sich darüber noch einmal gesondert zu unterhalten. Hinz und Kunz kannte sie als Kollegen im Rathaus noch nicht.

Man habe allerdings die Idee die dahintersteckt aufgenommen. Da müsse man sich speziell den Bereich Jugend und Soziales noch einmal genauer ansehen.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 2: Abteilungsbericht Jugend und Soziales**

Wenn OR Frey das anders verstehe komme es ihr etwas komisch vor. Die Information im Rathaus wäre immer besetzt, häufig sogar mit zwei Personen besetzt. Offener, glaube sie, könne man dies nicht tun. Sie höre eine solche Beschwerde zum ersten Mal. Da müsse man sich, wie schon gesagt, gezielt unterhalten.

OR Ricken (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte noch einmal das Thema Schulsozialarbeit ansprechen.

Es wurde gesagt, dass im Doppelhaushalt 2019/2020 ein paar Stellen geschaffen wurden. Schulen, die einen Antrag gestellt haben, eine Aufstockung erhalten könnten. Sie wolle nun wissen, ob es Durlacher Schulen gegeben habe, die deshalb schon auf das Stadtamt zugekommen wären und gefragt haben, ob ihre Schulsozialarbeitsstelle aufgestockt werden könne?

Herr Laue (StaDu) antwortet, dass konkret die Friedrich-Realschule, Herr Gehm, einen Antrag gestellt habe. Seine Information wäre, dass er in diesem Doppelhaushalt aber noch nicht zum Zuge gekommen wäre.

OR Oppelt (SPD-OR-Fraktion) möchte eine Frage zum Karlsruher Pass und Karlsruhe-Kinder-Pass stellen. Habe man hierzu eine Übersicht über die Antragstellung in Durlach? Wenn ja, gab es da in den letzten Jahren eine Erhöhung?

Herr Laue (StaDu) erklärt, dass es hierzu gegenwärtig noch keine Statistik gebe.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte zum Thema niederschwellig als auch kurze Wege etwas wissen. Dies betreffe zum einen den Beitrag von OR Dr. Wagner als auch den von OR Frey.

Sie würde gerne anfragen, ob es Sinn macht, Maßnahmen zu treffen, z. B. von runden Tischen oder Fortbildungen zwischen dem Jugendamt und Institutionen, in denen eben Missbrauch nicht nur sexueller Art, bemerkt werden könne.

Hier fallen ihr spontan Schulen ein. Ob man Gelegenheiten, Zeitfenster und Räume schaffen könne, dass die Hemmschwelle auch von schulischer Seite, dass Jugendamt zu kontaktieren, abgebaut werde?

Herr Laue (StaDu) meint, das Thema wäre ja nicht nur in Durlach präsent.

Natürlich gebe es hierzu Arbeitsgruppen und Informationsveranstaltungen, wo eben auch unterschiedliche Professionen zusammen an solchen Seminaren teilnehmen und eben auch miteinander Vereinbarungen treffen.

Das wäre gang und gäbe und finde mehrmals im Jahr statt. Unsere Bezirkssozialarbeiter und Schulsozialarbeiter nehmen an solchen Fortbildungen teil. Solche Dinge, solche Termine finden statt, auch mit den Trägern und man kommt zusammen, um über diese Themen zu reden.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 2: Abteilungsbericht Jugend und Soziales**

Er könne dies aber gerne noch einmal mitnehmen und in den Arbeitsgruppen, wo er sich im fachlichen Austausch bewege, noch einmal anregen oder ansprechen.

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) würde gerne wissen, wie hoch der Anteil an armen Menschen in Durlach wäre und wie viele davon alleinerziehende Mütter mit Kindern wären?

Herr Laue (StaDu) informiert, dass man beim Jobcenter Hilfe aus öffentlichen Mitteln erhalte. Er müsse dort nachfragen, wie viele Familien aus Durlach davon betroffen wären. Für Menschen, die außerhalb vom Erwerbsleben stehen, habe er die Zahlen da. Diese habe man unter Sozialhilfe laufen und er könne die Zahlen hierfür sicherlich liefern. Wegen der Zahlen über alleinerziehende Mütter müsse er beim Amt für Statistik nachfragen. Das habe er auch vor kurzem schon für die Bergwaldsiedlung gemacht, weil hier etwas geplant werde. Das könne er selbstverständlich auch in Angriff nehmen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) meint, man habe jetzt schon zweimal die Frage wegen Alleinerziehender gestellt. Man höre ja öfter, dass das Risiko bei Alleinerziehenden einfach auch höher liege, ob nun wegen Armut oder überhaupt weil diese in Hilfesituation kommen, oder ob eben auch wegen Altersarmut. Vielleicht könne darüber Herr Käfer etwas berichten?

Herr Käfer (StaDu) erklärt, dass er erst kürzlich auf einer Fortbildung gewesen wäre. Da habe man nachweislich mitgeteilt bekommen, dass in Haushalten wo Patchwork-Familien leben, viel mehr Hartz IV Bedarf bestünde, als bei Alleinerziehenden. Dieser Bedarf wäre im Verhältnis dazu sogar relativ gering. Er könne hier die Sorge nehmen, dass Alleinerziehende große Probleme mit dem Umgang mit Kindern haben oder sonstige Hilfestellungen in Anspruch nehmen. Das wäre nicht unbedingt das Problem, ganz im Gegenteil. Man habe durch viele Programme Alleinerziehende mit anderen gleichgestellt. Es leben mittlerweile sehr viele in Trennungssituationen. Da wäre eher die Patchwork-Konstellation oder Stiefeltern-Konstellation die schlimmere.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) äußert, dass dies eine gute Information gewesen wäre.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte wissen, wie viele Menschen Sozialhilfe nach SGB XII erhalten?

Frau Sütterlin (StaDu) antwortet, dass ca. 800 Menschen in Durlach, Grötzingen und Wolfartsweier Sozialhilfe nach SGB XII erhalten.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,

17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 2: Abteilungsbericht Jugend und Soziales

Blatt 11

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

Sie bedankt sich bei allen recht herzlich.

- Klopfbeifall -

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 3: Jährlicher Bericht über die Durlacher Friedhöfe**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 3** auf. Sie bittet die Abteilungsleiterin Frau Stehli um eine kurze Einführung.

Sie übergibt um 18:07 Uhr den Vorsitz an Ortschaftsrat Pötzsche (stellvertretender Ortsvorsteher).

Frau Stehli (StaDu) begrüßt die Anwesenden und erklärt, dass sie sich freue, am heutigen Abend den Jahresbericht über die Friedhöfe abgeben zu dürfen. Sie möchte aufzeigen, welche Änderungen sich auf den Friedhöfen ergeben haben und wird dies anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage) vornehmen.

Am Ende ihres Berichtes bedankt sie sich bei den Mitarbeitern vom Gartenbauamt für deren Hilfe und Unterstützung. Auch beim Ortschaftsrat möchte sie sich, wie in jedem Jahr dafür bedanken, dass man ihr „unter die Arme greift“ und sie und die Kollegen bei ihrer Arbeit unterstützt. Auch die Amtsleitung habe ständig „ein offenes Ohr“ für sie wenn sie ein Anliegen habe und Unterstützung in dieser Beziehung benötige. Zuletzt gelte vor allem ihr persönlicher Dank den Kollegen auf den Friedhöfen, für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. Sie stehe nun für Fragen zur Verfügung.

Der Vorsitzende (stellvertr. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) bedankt sich bei Frau Stehli für ihren Bericht.

OR Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) schildert, dass bei der Präsentation verschiedene Grünstreifen gezeigt wurden. Sie würde sich dafür interessieren, ob es Pläne gebe, die Blumenwiesen in einen Bewuchs umzuwandeln, um dem Insektensterben entgegenzuwirken?

Frau Stehli (StaDu) entgegnet, dass man schon in diesem Jahr in verschiedenen Bereichen Blumenwiesensamen ausgebracht habe. Naturgemäß benötige dies jedoch einige Zeit, um sich zu entwickeln. Die Bestrebungen wären also da und in dem neuen Bereich, der naturnah gestaltet werden solle, werde es nicht dazu kommen, dass diese Flächen ausschließlich mit Staudenpflanzen bepflanzt werden. Ziel wäre, dass die natürlich vorkommenden Pflanzen am Bergfriedhof, wieder zunehmend an Gewicht gewinnen.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) erklärt, dass man in einem anderen Gespräch gehört habe, dass es Probleme bei der Kapelle am Bergfriedhof geben würde. Dachundichtigkeiten oder auch Probleme mit dem Sandsteinmauerwerk. Er wolle nun den Stand der Dinge wissen und ob hierfür schon Mittel bereitgestellt wurden?

Frau Stehli (StaDu) erläutert, das Mittel dafür in den Haushalt eingestellt werden müssen. Die Maßnahmen wären jedoch noch nicht beschlossen, aber man habe in der

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 3: Jährlicher Bericht über die Durlacher Friedhöfe**

nächsten Woche einen Termin mit Herrn Vogel (FBA), Herrn Dueck (HGW) und Frau Ries, um über diese Angelegenheit zu sprechen. Deshalb könne sie heute hierzu noch keine Informationen geben.

Sie gehe jedoch davon aus, dass Mittel hierfür eingestellt werden müssen.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte wissen, ob Friedhöfe auch im Fokus wären, wenn es um das Thema exotische Stechmücken gehe. Friedhöfe wären Orte, bei denen es immer wieder zu kleinsten Wasseransammlungen komme. Seine Frage gehe in die Richtung, ob man dies bei der Friedhofsverwaltung schon im Fokus habe oder ob es Maßnahme gebe, dem entgegenzuwirken?

Zum einen könne er sich z. B. eine Informationstafel vorstellen, die die Friedhofsbesucher darauf aufmerksam macht, die Vasen, wenn diese nicht genutzt werden so zu lagern, dass sich darin kein Wasser sammelt. Dann könnte man den Friedhofsmitarbeitern auch die Anweisung geben, dass wenn sie so etwas antreffen, dafür Sorge zu tragen haben, dass dies verhindert werde.

Durlach wäre ja in Karlsruhe einer der ersten Orte, wo sich die Tigermücke niedergelassen habe. Es wäre also keine rein theoretische Frage.

Der Vorsitzende (stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) übergibt um 18:17 Uhr den Vorsitz zurück an Ortsvorsteherin Alexandra Ries.

Frau Stehli (StaDu) informiert, dass ihr nicht bekannt wäre, dass es entsprechende Anweisungen hierfür gebe. Sie wisse jedoch, was OR Dr. Wagner meint.

Sie halte es für schwierig, dass man dem Friedhofsbesucher, der im Juni, Juli am Vormittag kommt um seine Pflanzen zu gießen verständlich machen könne, dass dieser nur soweit gießen dürfe, dass kein Wasser stehen bleibe.

Ihres Wissens gebe es bisher kein Papier zum Aushang. Das wäre aber ein Punkt, den sie mit dem Hauptfriedhof diskutieren könne, ob hier etwas ausgehängt werden könne.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte noch einmal auf die Frage von OR Dr. Noé zurück zu kommen. Man habe Herrn Vogel schon bei der letzten Sitzung die Frage gestellt und speziell in Aue scheine das Dach undicht zu sein. An der Kapelle im Bergfriedhof scheine auch eventuell eine Gefährdung durch herabfallende Bauteile zu bestehen. Das Wort eventuell möchte er betonen. Das wären also keine Projekte, die man irgendwie in den nächsten Haushalt terminieren könne. Er möchte wissen, ob hier eine schnelle, also zeitnahe Abhilfe geplant wäre?

Frau Stehli (StaDu) entgegnet, dass wie berichtet, in der nächsten Woche ein Termin mit Herrn Vogel auf dem Bergfriedhof stattfinde. Bei diesem Termin werde man die Kapelle in Augenschein nehmen. Herr Dueck werde dabei fachlich unterstützen. In Aue wurde von Seiten des Hauptfriedhofes bereits etwas eingeleitet. Ihres Wissens habe man

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 3: Jährlicher Bericht über die Durlacher Friedhöfe

Blatt 3

schon Kontakt zu einer Dachdeckerfirma aufgenommen, um die Gefahr, welche für das Gebäude durch den Wassereintritt bestehe zu minimieren oder gar auszuschließen. Soweit sie wisse, müsse das Ganze zuerst trocken gelegt werden, bevor die Firma tätig werden könne. Beim Bergfriedhof wäre man dabei, das Ganze mit Herrn Vogel abzustimmen und in die Wege zu leiten.

OR Oppelt (SPD-OR-Fraktion) möchte wissen, was eine Urnenbestattung bzw. das Urnengrab und was eine Baumpatenschaft kostet?

Frau Stehli (StaDu) erklärt, dass sich das pauschal so nicht beantworten lasse, da in diesem Bereich die Bestattungsmöglichkeiten vielfältig wären. Ein Urnenreihengrab koste 551 Euro für die Dauer der Liegezeit.

Bei einem Urnenwahlgrab, welches mehrere Bestattungen zulasse, liege man schon bei einer jährlichen Gebühr, die momentan bei 67 Euro im Jahr liege. Dies müsse dann mit 20 Jahren multipliziert werden für die Dauer der Ruhezeit einer Urne.

Für eine Bestattung unter Bäumen habe man noch diffizilere Auflistungen. Diese würde sie ihr gerne nachreichen, bzw. könne man diese auch in der Satzung im Internet nachlesen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bedankt sich recht herzlich bei Frau Stehli.

- Klopfbeifall -

Sie bedanke sich auch an dieser Stelle ganz herzlich bei den Friedhofspflegern, OR Griener, OR Pötzsche und OR Frey, die dies in Durlach und Aue übernommen haben. Sie wären immer ansprechbar, auch für uns ansprechbar und kümmern sich um die Friedhöfe. Für dieses Ehrenamt noch einmal ein herzliches Dankeschön.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 4: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Basler-Tor-Str. 77 (Senioren-
/Pflegeheim)

Aufstellungsbeschluss: 2019/1080

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 4** auf und erklärt, dass es heute um den Aufstellungsbeschluss gehe.

Man habe sich im Ältestenrat darüber verständigt, dass man die Ergebnisse, über die im Gestaltungsbeirat noch diskutiert werde, abwarten müsse.

Nichtsdestotrotz könne man heute den Aufstellungsbeschluss fassen. Sie habe heute deshalb mit Frau Professor Dr. Karmann-Woessner gesprochen und ihr gesagt, dass es für den Ortschaftsrat wichtig wäre, welche Ergebnisse aus dem Gestaltungsbeirat kommen werden. Sie wisse also Bescheid.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) meint, er habe auch schon im Ältestenrat darauf hingewiesen, dass dieser Aufstellungsbeschluss, so wie er im Moment wäre, eine komplette Versiegelung der eingezeichneten Fläche ermöglicht. Stimme man diesem Aufstellungsbeschluss zu, dann nur mit dem Ziel, dass diese komplette Versiegelung der Fläche nicht kommt. Man wisse im Moment noch nichts genaues, man kenne die Planung nicht. Man erwarte, dass der städtebauliche Durchführungsvertrag, der mit dem Investor geschlossen, dem Ortschaftsrat danach vorgelegt werde. Die Naturschutzbelange sollten eine besondere Bedeutung bekommen, das könne man im Moment noch nicht absehen, aber auch dem Investor solle gleich gesagt werden, dass man sicherlich nicht damit einverstanden sein werde, dass die komplette Fläche mit baulichen Anlagen ausgestattet werde. Dafür habe man ja aber das Bebauungsplanverfahren.

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) erwidert, dass die Bedenken, die OR Dr. Rausch angesprochen habe, durchaus nachvollziehbar wären.

Nur solle man sich heute nicht daran aufhängen. Man müsse die Notwendigkeit dieser Vorlage sehen. Man mache heute einen Aufstellungsbeschluss, alles andere komme im Bebauungsplanverfahren. Man sollte nicht hergehen und dieses Projekt, welches in Durlach dringend benötigt werde, noch einmal verzögern.

Er bittet deshalb die Kolleginnen und Kollegen, diesem Aufstellungsbeschluss zuzustimmen.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) schildert, dass die Plätze benötigt werden, und dass auch er der Meinung wäre, man solle diesem Beschluss zustimmen. Es wäre ja noch ein endloses Verfahren und man „eiere“ nun seit vielen Jahren um die Fortentwicklung dieses Heimes. Es wäre total schade, wenn dieses Heim verloren ginge, denn das Haus wäre ein Gewinn für die Seniorenlandschaft, wenn da noch weitere Plätze entstehen würden.

Schade wäre, dass man diesen Aufstellungsbeschluss beschließen müsse, ohne konkretere Planungen zu kennen. Von ihm deshalb auch die Frage, wenn man hier eine rückwärtige Bebauung zulasse, ob damit automatisch verbunden werde, dass damit die anderen Gebäude, die sich in der Basler-Tor-Straße bis zur Rommelstraße befinden, eigentlich dann auch rückwärtiges Baurecht erlangen würden?

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,

Protokoll zu

TOP 4: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Basler-Tor-Str. 77 (Senioren-
/Pflegeheim)

Aufstellungsbeschluss: 2019/1080

Blatt 2

Er wolle dem ja nicht widersprechen, es würde ihn nur interessieren, ob das direkt miteinander verknüpft werde?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie dies jetzt mal verneinen würde.

Man gebe die Frage aber gerne weiter. Es gehe hier um einen isolierten vorhabenbezogener Bebauungsplan, der jetzt nicht eine unmittelbare Auswirkung auf die anderen Grundstücke habe. Die Frage, ob es eine mittelbare Auswirkung gebe, werde man gerne an das Fachamt weitergeben und hier im Gremium über die Beantwortung informieren.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) erklärt, von seiner Fraktion erhalte man wie besprochen Zustimmung.

Wenn das laufende Verfahren beginne, müsse man natürlich die Einzelheiten wie Versiegelung und auch den Schutz des Baumbestandes besprechen.

Eine Anmerkung habe er noch. Man sehe hier die Licht- und Schattenseiten der Landesheimverordnung, die ja eine große Welle ausgelöst habe. Man hätte sich das im Vorfeld erst einmal überlegen müssen. Man wäre jetzt eben dabei, diese umzusetzen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Der Beschluss liege vor und sie dürfe nun um entsprechende Beschlussfassung bitten.

Sie fragt, wer sich für diesen Aufstellungsbeschluss ausspricht

Abstimmung:

2 Enthaltungen

19 Zustimmungen.

Sie bedankt sich beim Gremium für die Abstimmung.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

**TOP 5: Wohnraum schaffen durch Überbauung von Handelsflächen und
Parkplätzen**

Antrag FDP-OR-Fraktion, eingegangen am: 16.09.2019

Vorlage: 2019/1006

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 5** auf.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) erklärt, dass das Wort Nachverdichtung ein großes Thema für Karlsruhe und natürlich auch für Durlach wäre.

Die Stellungnahme, welche man von der Fachbehörde erhalten habe, wäre gewohnt wohlwollend, wenn er das so ausdrücken dürfe. Das erfahren auch die Kollegen im Gemeinderat immer wieder.

Ein grundsätzliches Wohlwollen, welches nicht konkret werde. Das wäre auch der Grund, warum man diesen Antrag gestellt habe, konkret für Durlach, dass auch konkret Gespräche geführt werden.

Man habe das auch im Ältestenrat so vorbesprochen, dass mit diesem Antrag erreicht werden solle, dass dies endlich greifbar werde. Ansonsten könne man darüber natürlich lange diskutieren, ob zuerst das Gewerbegebiet freigegeben oder Gespräche geführt werden sollen? Henne oder Ei?

Man habe, so glaube er, jedoch eine Einigung gefunden. Das Stadtamt werde nun Gespräche führen, weshalb er sich freue, dass man weiter kommt.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) möchte nur unterstützend bestätigen, was OR Dr. Noé gesagt und was man im Ältestenrat besprochen habe. Man werde deutlicher und ins Detail gehen müsse. Er unterstütze diese Maßnahme.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) informiert, dass man den Auftrag, den man aus dem Ältestenrat mitgenommen habe, dass das Stadtamt sich in diese Gespräche einklinken solle, gerne annehme und zwar im Rahmen des Möglichen.

Man könne über solche Gespräche jedoch nicht in jeder öffentlichen Sitzung berichten, denn dabei handle es sich um wirtschaftliche Interessen individueller Art.

Man werde aber auf jeden Fall im Ortschaftsrat berichten und detaillierter dann in unserer Planungsausschuss-Sitzung.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu

TOP 6: Ausweisung von „free Walls“ für Graffitikünstler
Antrag CDU-OR-Fraktion, eingegangen am: 19.09.2019
Vorlage: 2019/1007

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 6** auf.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) äußert, dass sich seine Fraktion über die Stellungnahme gefreut habe. Auch freue man sich darüber, dass hier die Kunstkommission miteingebunden werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) entgegnet, dass man es übernehmen werde, mit dem Combo Hip Hop Kulturzentrum direkt Kontakt aufzunehmen. Man habe ja schon vielfältige Erfahrungen in Kooperation machen können, z. B. die Aktion zur Durlacher Art in der Auer Straße oder am Marktplatz für einen guten Zweck. Danach werde man darüber berichten.
Man werde mit den Leuten sprechen, um es danach dann in die Kunstkommission zu bringen.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 7: Sauna im Turmbergbad

Antrag FDP-OR-Fraktion, eingegangen am: 23.09.2019

Vorlage: 2019/1008

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 7** auf. Es wäre in der Kürze der Zeit leider nicht möglich gewesen, einen Vertreter der Bäderbetriebe zur heutigen Sitzung zu bitten. Der Leiter der Bäderbetriebe, Herr Sternagel war ja in der letzten Sitzung anwesend, aber heute wäre er leider auf Dienstreise.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) entgegnet, dass es in der Antwort der Bäderbetriebe heiße, dass es wirtschaftlich nicht sinnvoll wäre.

Hier wäre er gegenteiliger Meinung. Das Turmbergbad wäre mit drei Personen, eine an der Kasse und zwei Bademeister besetzt, also wie das Personal im Weiherhofbad. Man benötige also kein zusätzliches Personal für eine Sauna.

Auch wären die baulichen Voraussetzungen schon vorhanden, es müsse also nichts errichtet werden.

Eine solche Sauna wäre vielleicht drei Monate offen, also ca. 100 Tage. Zähle man 20 Besucher am Tag, die acht Euro bezahlen, dann komme man auf ca. 16.000 Euro. Er wäre der Meinung, dass man so etwas für ca. 40 – 50.000 Euro realisieren könne und zwar mit einer abgeschirmten Ecke für die Saunabesucher, mit Heizung, Liegestühlen, etc.

Er hätte gerne eine Auskunft von Herrn Sternagel gehabt, was er für Kosten für eine solche Einrichtung und die Sauna ansetzt?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass man dies auf jeden Fall so weitergeben werde.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 8: Ausweitung der Kontrollen in der Durlacher Fußgängerzone
Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 25.09.2019
Vorlage: 2019/1005

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 8** auf.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) erinnert, dass man in der vorletzten Sitzung schon einmal ein ähnliches Thema mit intelligenten Pollern auf der Tagesordnung gehabt habe. Er möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass wirklich alle Fachämter sagen, dass dem Problem mit den illegalen Durchfahrten in der Fußgängerzone mit der Ausweitung von Kontrollen begegnet werden solle.

Das wäre die Motivation gewesen, einen solchen Antrag zu stellen. Er habe deshalb mit Verwunderung und Enttäuschung die Stellungnahme des Ordnungsamtes zur Kenntnis genommen.

Man wäre der Meinung, dass eine Kontrolle im Monat nicht ausreicht. Man wisse, dass der Kommunale Ordnungsdienst personelle Engpässe und ähnliches habe. Man wisse auch, dass die Kontrolle des rollenden Verkehrs nur zusammen mit der Polizei möglich wäre. Die Zahlen hierfür liegen auch vor. Man halte diese Zahlen jedoch nicht für repräsentativ. Man habe selbst Stichproben gemacht, und rechne man diese hoch, komme man auf völlig andere Ergebnisse. Die Zahlen, die Herr Bernhard vorgelegt habe, liegen alle im einstelligen Bereich (Fahrradfahrer und Autofahrer fahren fast gleich auf). Bei seiner Auflistung zähle er deutlich mehr Fahrräder als Autos.

Die Ankündigung, dass an Samstagen erst ab 15.30 Uhr ein Kontrolldruck aufgebaut werde, sehe er sehr kritisch. Er habe dies persönlich als Einladung empfunden, an dieser Stelle auch an die Presse, denn man rede hier ja im öffentlichen Teil.

Man wisse also nun, dass an Samstagen nicht vor 15:30 Uhr kontrolliert werde. Das habe er an dieser Stelle für wahnsinnig unglücklich empfunden und habe es zweimal lesen müssen, denn beim ersten Mal habe er es nicht fassen können.

Deswegen wolle er an dieser Stelle die Anregung geben, ob man dies vielleicht anders gestalten könne und vielleicht auch außer der Reihe mal ein paar Leute vor 15.30 Uhr kontrollieren lasse. Vielleicht wäre es auch möglich anders Präsenz zu zeigen.

Er denke, bis zu den intelligenten Pollern oder anderen baulichen Veränderungen, werde noch etwas Zeit vergehen. Bis dahin solle man aber nicht die Hände in den Schoß legen. Das möchte hier Niemand. Er bitte um Zustimmung zu diesem Antrag und freue sich auf Rückmeldungen.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) erklärt, dass der Antrag grundsätzlich gut wäre und dahingehend begrüße man diesen auch. Er halte das Thema, welches uns seit einigen Jahren in Durlach beschäftige, am Laufen.

Nun wäre es aber so, dass er mit diesem Antrag verbunden, mehrere Déjà-vus habe. Man habe doch alles in seinen Einzelheiten, in den letzten Jahren, in diesem Gremium hier, besprochen und der Verwaltung unterbreitet.

Nur wäre die Verwaltung bisher jedem Lösungsansatz und jedem Konzept die Antwort schuldig geblieben. Auch der Versuch mit einem erhöhten Kontrolldruck, der ja grundsätzlich nicht schlecht wäre, auch das habe man schon alles vorgebracht.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 8: Ausweitung der Kontrollen in der Durlacher Fußgängerzone
Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 25.09.2019
Vorlage: 2019/1005

Blatt 2

Dabei handle es sich auch nur um eine temporäre Geschichte. Man wisse im Prinzip genau, wie es OR Ruf auch angesprochen habe, und er könne es auch etwas drastischer formulieren, dass drei Wochen lang dann aufgepasst, weil kontrolliert werde. Dann habe man kein Personal mehr und die Pfinztalstraße werde wieder zu einer Durchgangsstraße durch die Fußgängerzone geöffnet und zwar störungsfrei geöffnet. Von dem her temporär betrachtet, hole man also mal die „Keule“ heraus.

Das wäre aber für ihn keine Lösung, sondern er wolle letztendlich das Gremium dazu einladen, dass man gemeinschaftlich die Verwaltung dringlich und auch weiterhin dringlich ermahnt und auch weiter erinnert, dass diese uns eine praktische Lösung präsentieren.

Letztendlich wäre es ja so, dass man nur die Folgen bekämpfe, aber nicht die Ursache. Von dem her solle man an einer wirklichen Lösung dran bleiben. Man unterstütze diesen Antrag, das wäre keine Frage, aber was man benötigt, wäre eine richtige Lösung.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) möchte hier einhaken. Er hätte OR Ruf gleich sagen können, dass er sich über die Antwort der Verwaltung nicht zu wundern brauche. Er hätte ihm auch gleich sagen können, dass es sich um zu viel Verkehr in der Fußgängerzone handle. Das werde auch garantiert die Zählung zeigen.

Kollege Müller habe es gesagt, an den Ursachen müsse man werkeln und er denke es wäre Konsens, dass man keine kleine, sondern eine gesamtstädtische Lösung für Durlach haben müsse, um zu sehen, wie der Verkehr fließt.

Er denke, dass man daran arbeiten werde, denn hier habe man Konsens im Haus, das zeigen die Anträge der letzten 10 Jahre. Man wolle die Fußgängerzone tatsächlich auch als Fußgängerzone haben. Das werde man aber nicht mit kleinen Maßnahmen erreichen, sondern da werde man gemeinsam nach großen Lösungen suchen müssen. Er denke, dass man die Wege dorthin schon eingeleitet habe.

OR Stolz (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) bemerkt, dass sie sehr irritiert wäre über das Prinzip der Hoffnungslosigkeit, wie es OR Müller dargestellt habe.

Sie sehe es anders. Man kenne das Sprichwort: „steter Tropfen höhlt den Stein“. Vielleicht auch die Verwaltung.

Sie sagen, sie haben mit diesem Antrag Déjà-vus, dass ein solcher Antrag in der Vergangenheit für drei Wochen etwas gebracht habe. Sie persönlich, und sie spreche hier sicher auch im Auftrag ihrer Fraktion, man wäre nicht bereit dieses Prinzip, man mache lieber nichts, weil es ja nichts bringt, hinzunehmen. So arbeite man nicht.

Man probiert es und wenn es beim ersten Mal nicht funktioniert, beim zweiten Mal auch nicht, dann probiert man es trotzdem stetig weiter.

Sie sprechen von der Notwendigkeit einer Verkehrswende. Dies begrüße man sehr und sie denke alle im Raum wären dazu bereit, daran zu arbeiten. Aber dass impliziere nicht, dass man nicht auch Sofortmaßnahmen umsetzen könne.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 8: Ausweitung der Kontrollen in der Durlacher Fußgängerzone
Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 25.09.2019
Vorlage: 2019/1005

Blatt 3

OR Ginder (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) möchte die „Broken-Windows-Theorie“ in den Raum werfen und zwar die Theorie, dass wenn in einer Straße ein Fenster eingeschlagen werde und man mache nichts dagegen, dann werden die Probleme dort immer schlimmer und in Kürze wäre das gesamte Gebiet „im Keller“.

Ähnlich wäre es, werde man wegen der Fußgängerzone nichts mache, dass dort nicht weiter durchgefahren werden könne. Die Leute in der Fußgängerzone, die zu Fuß unterwegs wären, halten das inzwischen für normal. Es könne nicht angehen, dass man hierüber im Gremium redet, dass das Thema mal um mal auf den Tisch kommt, und nichts passiert.

Eine kleine Maßnahme, jetzt den Kontrolldruck zu erhöhen, das könne die soziale Kontrolle schärfen und auch den sozialen Druck erhöhen. Vielleicht erreiche man dadurch, dass sich nicht mehr so viele trauen, durch die Fußgängerzone durchzufahren.

Vielleicht schaffe man dadurch ein anderes Bewusstsein.

Habe man größere, bessere Maßnahmen wäre das „super, klasse“. Dann setzen wird dies um, denn es dürfe nicht heißen, dass man jetzt nichts machen werde, nur weil man später etwas Gutes machen könne.

Sie finde beides notwendig und sie unterstütze diesen Antrag.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass sie das nun von allen Wortmeldungen übereinstimmend gehört habe. Sie wolle hier nur ein Zwischenfazit anmerken.

OR Yesil (Freie Wähler-OR-Fraktion) möchte, wenn man schon bei diesem Thema wäre wissen, wie es mit dem Parken auf dem Saumarkt wäre?

Da werde ja auch wild geparkt, egal zu welcher Uhrzeit und an welchen Tagen. Man komme kaum mehr mit dem Fahrrad durch. Sie wolle nur generell sagen, dass dort selbst die Pfeiler herausgezogen werden, um das Auto zu parken. Dieser Bereich gehöre doch auch noch zur Fußgängerzone, oder? Sie wäre auch für diesen Antrag, aber dann zusammen mit dem Saumarkt.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) spricht OR Stolz direkt an und meint, er wolle es nicht unterlassen, da sie ihn direkt angesprochen habe, ihr auch direkt zu antworten.

Bisher habe er immer gedacht, sie verfolge die Sitzung des Ortschaftsrats mit einer gewissen Aufmerksamkeit. Sie enttäusche ihn aber an dieser Stelle.

Er habe klipp und klar gesagt, dass man natürlich diese Maßnahme mittrage und ihr werter Kollege OR Ruf nicke auch eifrig mit dem Kopf. Dieser habe es offensichtlich verstanden, was er gesagt habe.

Man freue sich, dass man dieses Thema im Bewusstsein erhalte, und dass man gemeinsam an einer dauerhaften Lösung arbeiten wolle, die Verwaltung dahingehend motivieren wolle. Nichts anderes habe er gesagt, aber offensichtlich höre man nur das was man am Ende gerne hören möchte.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 8: Ausweitung der Kontrollen in der Durlacher Fußgängerzone
Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 25.09.2019
Vorlage: 2019/1005

Blatt 4

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) bemerkt, dass ihm am Ende noch das Stichwort Pfosten fehle.

Bei der Verkehrspolitik zeige sich immer, dass die Diskussion sehr rege wäre und zeitintensiv.

Er habe allerdings die Befürchtung, dass wenn man mit diesem gut gemeinten Antrag umgehe und diesen so in die Abstimmung bringe, wie er gestellt wurde, dass dieser nicht die deutliche Mehrheit bekomme, wie er es bräuchte, weil er inhaltlich zu statisch wäre.

Man habe ein gemeinsames Ziel, nämlich den Autoverkehr aus der Fußgängerzone zu bekommen. Deshalb würde er die Vorsitzende in ihrer Eigenschaft als solche darum bitten, einen Vorschlag zu machen, damit man mit diesem Antrag konsensual umgehen könne, ohne dass wörtlich über diesen Antrag abgestimmt werden müsse, weil das wäre der Sache vielleicht nicht dienlich.

Das wäre nur ein Vorschlag von ihm, denn er wisse im Moment nicht, wie es ansonsten mit diesem Antrag weiter gehe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) entgegnet, dass sie das die ganze Zeit über schon habe tun wollen, dass sie aber nicht zu Wort gekommen wäre. Sie möchte aber zuvor noch OR Pötzsche das Wort geben.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) meint, man könne ja der Presse vielleicht die Idee mitgeben, den Artikel mit der Überschrift Déjà-vu zu beschreiben. Er glaube Déjà-vus haben viele in diesem Gremium, weil man bezüglich der Kontrollen in der Fußgängerzone oder über technische Möglichkeiten, schon jahrelang in diesem Gremium der Verwaltung Vorschläge unterbreite.

Was habe man gemacht? Man habe das gemacht, was einem die Verwaltung schon seit Jahren geantwortet habe, die Erhöhung des Kontrolldrucks zu beantragen.

Er möchte deshalb als Antragsteller darum bitten, dass dieser Antrag, in dieser Form zur Abstimmung kommt. Es haben nahezu, außer von Seiten der SPD, alle Fraktionen signalisiert, dass sie diesen Antrag unterstützen.

Natürlich im Bewusstsein, dass dies nicht das Ende der Fahnenstange sein könne. Man habe aber einen allgemeinen Konsens hierzu und wie gesagt, man finde es sehr schön, wenn der Ortschaftsrat möglichst einstimmig sich zu diesem Antrag positionieren könne, denn dies wäre ein gutes Signal an Karlsruhe. Man rede immer von geschlossener Abstimmung im Ortschaftsrat, dass man ein gutes Votum nach Karlsruhe geben möchte. Es wäre wie gesagt nur das, was die Verwaltung seit Jahren gesagt habe.

Man müsse aber weiter an diesem Antrag, an diesem Thema arbeiten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, das wäre nun auch ihr Vorschlag.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 8: Ausweitung der Kontrollen in der Durlacher Fußgängerzone
Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 25.09.2019
Vorlage: 2019/1005

Blatt 5

Man solle diesen Antrag so zur Abstimmung stellen, mit einer Ergänzung, dass ungeachtet dieser Kontrollen, dieses Gremium weiterhin Lösungen für die Fußgängerzone von der Verwaltung fordert.

Diese können entweder planerisch, gestalterisch oder wie auch immer aussehen, und dass dies hier nur eine temporäre Lösung wäre, da der Verwaltung bisher nichts anderes eingefallen wäre. Dass man aber ungeachtet als Gremium weiter andere Lösungsmöglichkeiten für das Freihalten der Fußgängerzone mit dem Autoverkehr fordert. So habe sie es zumindest aus den Wortmeldungen herausgehört.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) äußert, wenn das die Meinung der Grünen wäre, denn das müsse Jeder für sich entscheiden, dann sage er aber klipp und klar, warum er diesem Antrag im Wortlaut nicht zustimmen könne.

Er wisse nicht, was unter spürbar zu verstehen wäre? Solle es körperlich spürbar sein, solle es sozusagen 24 Stunden spürbar sein?

Da hätte er sich konkretere Vorschläge gewünscht und eine Kontrolle im Monat wäre ihm auch zu wenig. Warum nur eine Kontrolle im Monat, warum nicht jedes Wochenende? Damit würde man die Verwaltung zu stark einschränken. Die wissen doch selbst aufgrund der Frequenzen und Erhebungen was sie zu tun haben.

Aus diesem Grund könne er dem Antrag mit diesem Wortlaut nicht zustimmen. Man habe in seiner Fraktion noch keinen Konsens hergestellt, was ja auch nicht sein müsse. Er wäre allerdings der Meinung, dass man diesen Antrag so nicht formulieren könne. Da reiche ihm auch ein Zusatz nicht, aber das müsse Jeder für sich selbst entscheiden.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) schlägt vor, weiter zu verfahren.

Er sprich OR Dr. Rausch direkt an und bemerkt, dass er glaube, dass dieser den Antrag nicht wirklich gelesen habe. Darin kommen nämlich keine Zahlen vor. Man habe geschrieben, dass von aktuell einmal monatlich die Kontrollen erhöht werden sollen. Denn im Moment werde nur einmal im Monat kontrolliert.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) schlägt vor abzustimmen.

Im Protokoll wäre von allen die ergänzenden Forderungen enthalten. Man stimme diesen Antrag ab, mit den im Protokoll enthaltenen mündlichen Anregungen zum weiteren Vorgehen in der Fußgängerzone.

Sie fragt, wer diesem Antrag zustimmt?

Abstimmung:

3 Enthaltungen

18 Zustimmungen.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu

TOP 9: Erfassung des Kfz-Verkehrs in der Durlacher Fußgängerzone
Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 25.09.2019
Vorlage: 2019/1009

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 9** auf und spricht OR Ruf direkt an und meint, dem Antrag wäre ja entsprochen worden, weshalb sich eine Abstimmung erledigt habe.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) entgegnet, das wäre eine gute Antwort.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu**

TOP 10: **Verkehrsanbindung Untere Hub**

Antrag B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion, eingegangen am: 30.09.2019

Vorlage: 2019/1010

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 10** auf und erklärt, dass sich dieser Antrag auch erledigt habe.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 11: Mitteilungen Stadtamt Durlach**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 11** auf und teilt mit, dass man hier einiges ausgelegt habe.

Sie spricht Herr Wintermeyer direkt an und informiert, dass man heute eine E-Mail zur Ellmendinger Straße bekommen habe. Dort sollen auf dem Rasenstreifen Rasengittersteine verlegt werden. Vielleicht könne er etwas zum aktuellen Sachstand berichten? Dann müsse man das nicht in die Offenlage bringen und es wären alle informiert.

Herr Wintermeyer (StaDu) berichtet, dass es hierbei um einen zwei Meter breiten Grünstreifen gehe, der mit Rasen bewachsen wäre. Diesen sollte man so befestigen, dass man mit der Hälfte des Autos darauf parken dürfe.

Der erste Vorschlag habe darin bestanden, eine etwa 40 cm breite, befestigte Platte in den Grünstreifen zu legen, diese zu befestigen, in der Hoffnung, dass die Fahrzeugführer genau diese 40 cm treffen. Dem habe man widersprochen, weil erfahrungsgemäß die Fahrzeuge weiterhin auf den Grünstreifen fahren und diesen zerstören.

Man habe deshalb vorgeschlagen, auch in Absprache mit dem Gartenbauamt, mit deren Erfahrung, dass man die gesamte zwei Meter breite Fläche mit Rasengittersteinen belege. Es werde also nicht versiegelt, sondern man bringe Lochsteine ein, die zu 40 – 60 % mit Grün aufgefüllt werden, also eine befestigte Fläche, die trotzdem Wasser durchlasse und gleichzeitig begrünt werden könne.

Schäden am Auto oder an der Grünfläche können dann nicht mehr entstehen und man habe weiterhin eine Grünfläche, die gut gepflegt werden könne. Deshalb der Vorschlag, dies so zu befestigen.

Er könne gerne noch eine Detailzeichnung per E-Mail zur Kenntnis weiterleiten, bei der man den Querschnitt und den Aufbau anschauen könne. Er halte dies für eine sinnvolle Lösung.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Herrn Wintermeyer und erwidert, dass man die Pläne hierzu noch versenden werde.

Zur Wortmeldung von OR Yesil wegen der Ampelanlage am Haus Aaron wolle sie mitteilen, dass man sich diese angeschaut habe. Das Tiefbauamt habe dabei keinen Defekt feststellen können. Die Anlage laufe ordnungsgemäß. Lediglich eine Schute (Sonnensblende) habe gefehlt. Diese werde man ersetzen.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) merkt an, dass diese eine Zeit lang nicht funktioniert habe, aber in der Zwischenzeit würde sie wieder gehen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) informiert, dass die restlichen Stellungnahmen ausgelegt wären.

- Stellungnahme H+G zur Wortmeldung von OR Henkel (Einbau neuer Feuerwehr Tore),
- Stellungnahme AfA zur Wortmeldung von OR Malisius (Eidechsen-Maßnahme) und Wortmeldung OR Köster (Belastung im Sickerwasser der Deponie Ost) sowie Wortmeldung von OR Malisius (Rekultivierung der Durlacher Mülldeponie)

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,**

Protokoll zu

TOP 11: Mitteilungen Stadtamt Durlach

Blatt 2

- Stellungnahme Ordnungs- und Bürgeramt zur Wortmeldung von OR Pötzsche (Verkehrssituation Pfinzstraße/Hubstraße und Prinzstraße/Ochsantorstraße) und
- Stellungnahme des Stadtplanungsamtes zur Wortmeldung von OR Köster (Gehwegparken in der Palmai- und Ellmendinger Straße).

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 12: Mündliche Anfragen**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 12** auf.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) möchte wissen, was mit seiner mündlichen Anfrage aus der letzten Sitzung wäre? Es habe sich dabei um die Pünktlichkeit der Buslinie 23 im Schülerverkehr gehandelt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man schon angefragt habe, jedoch die Antwort noch ausstehe.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion) habe eine Nachfrage zur ausgelegten Stellungnahme von OR Pötzsche zur Verkehrssituation Haltestelle Hubstraße, Verkehrssituation Pfinzstraße/Hubstraße.

Da sitzen bei den Verkehrsbetrieben ja schlaue Leute, die genau berechnet haben, dass man dort ein absolutes Halteverbot benötigt, da ansonsten der Bus nicht um die Ecke fahren könne.

Er wäre bestimmt zweimal am Tag in dieser Straße und auch in den Abend- oder Nachtstunden dort unterwegs. Dieser absolute Halteverbotsbereich wäre immer total beparkt, d.h. er werde 100 % missachtet.

Letzte Woche wäre sogar eine Politesse dort vorbei gelaufen, die sich auch nicht daran gestört habe, dass dort praktisch drei bis vier Autos im absoluten Halteverbot gestanden haben.

Entweder wäre es notwendig, dann müsse es aber auch umgesetzt werden. Aber offensichtlich komme der Bus ja seit einem Jahr dort schon durch, denn dort parken ja immer irgendwelche Fahrzeuge. Es könne also irgendetwas mit den Schleppkurven nicht stimmen oder sie haben es mit einem anderen Busmodell berechnet.

Er möchte sich nicht dafür einsetzen, dass dort die Schilder entfernt werden, aber er finde, wenn es aus irgendwelchen Sicherheitsgründen notwendig wäre, dass an der Stelle ein absolutes Halteverbot sein müsse, dann sollte man auch versuchen dieses durchzusetzen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich für den Hinweis. Wenn es so ist, sollte es auch entsprechend durchgesetzt werden.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) meint er habe eine Frage aus der Bürgerschaft welche die Max-Beckmann-Straße und Max-Liebermann-Straße, die Bushaltestelle betreffe. Eigentlich habe man dort eine gefährliche Kurve und er wäre der Meinung, dass das Halten im Kurvenbereich eigentlich nicht erlaubt wäre. Dies wäre dort aber nicht ausgeschildert. Morgens, wenn der große Bus fährt, komme es dort deshalb zu gefährlichen Verkehrssituationen. Die Frage wäre, könne man trotz nicht ausgeschilderten Möglichkeiten einen Hinweis geben, dass in dieser Kurve nicht gehalten werden solle, um diese Situation zu entschärfen?

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 6. November 2019,
17:00 Uhr,
Protokoll zu
TOP 12: Mündliche Anfragen

Blatt 2

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erwidert, dass man das so weiter geben und prüfen lasse.

Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest, bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:54 Uhr.

Die Vorsitzende:

Die Urkundsbeamten:

.....
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

.....
OR Dr. Ulrich Wagner
(B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)

Die Protokollführerin:

.....
OR Siebach
(SPD-OR-Fraktion)

.....
Rosemarie Susi, StaDu